

„Wir müssen für Vieles gewappnet sein“

Juliane Jesse im Gespräch mit Kai Weber, Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Niedersachsen

Europa galt bisher als Bollwerk der Demokratie und Hüterin der Menschenrechte. Deshalb ist der Trend zu rechtsnationalem Populismus hier besonders besorgniserregend. Das Schüren von Ängsten, das Denken in Feindbildern sowie beleidigende Rhetorik unter anderem gegen Migrant*innen und Geflüchtete spalten unsere Gesellschaft und schaffen ein immer schwierigeres Umfeld für zivilgesellschaftliche Akteure.

Der Flüchtlingsrat Niedersachsen ist ein solcher Akteur. Die landesweit tätige Menschenrechtsorganisation ist Mitte der 1980er Jahre als ein Zusammenschluss niedersächsischer Initiativen, Organisationen und Einzelpersonen entstanden. Ziel ist es, gemeinsam für den Schutz und eine menschenwürdige Lebensperspektive von Geflüchteten und Migrant*innen mit prekärem Aufenthaltsrecht einzutreten.



Aktion vor dem Landtag: Flüchtlingsrat und Flüchtlingsinitiative Wolfsburg fordern Hilfe vom Land: Wer für syrische Flüchtlinge gebürgt hat, soll nicht in den finanziellen Ruin gestürzt werden.



Kai Weber ist seit 1990 Geschäftsführer des Flüchtlingsrates Niedersachsen. Nach seiner Zivildienstzeit und Arbeit in Behinderteneinrichtungen studierte er Sozialarbeit und Pädagogik.

Herr Weber, die mediale Berichterstattung zu Engagement für Geflüchtete spricht eine deutliche Sprache: Im vergangenen Jahr zeigte sich die Kriminalisierung von Seenotrettung am Fall von Carola Rackete sehr eindrücklich. Mitarbeiter*innen von Hilfsorganisationen werden zunehmend angegriffen, wie etwa im März auf Lesbos geschehen. Die Rettung von Menschen aus dem Mittelmeer wird somit immer gefährlicher. Sie spiegelt dabei nur einen Teil des Engagements wieder. Welchen Beitrag leisten Sie hier in Niedersachsen zur Unterstützung von Geflüchteten?

Die Menschen, die Schutz in Deutschland suchen, wollen hier so schnell es geht ankommen und Teil der Gesellschaft werden. Sie wünschen sich ein Leben in Würde und Sicherheit, einen Alltag mit eigener Wohnung, einen Job, soziale Kontakte. Als unabhängige Menschenrechtsorganisation unterstützen wir Geflüchtete mit individueller Beratung und Rechtshilfe und engagieren uns mit begleitender Lobbyarbeit für eine von Offenheit und Humanität geprägte Flüchtlingspolitik. Mit Stellungnahmen, Bündnisarbeit und Gesprächen mit Politiker*innen wollen wir den oft sprachlosen Ankommenden eine würdige Perspektiven verschaffen. Wir bieten Fortbildungen an, sorgen für die Vernetzung der verschiedenen Initiativen und setzen auch eigene Projekte um.

Lassen Sie uns zunächst mit einer Beschreibung der Ist-Situation beginnen. Wo steht der Flüchtlingsrat mit seinem Engagement gerade?

Wir haben in den letzten 30 Jahren bemerkenswerte Fortschritte in der Asylpolitik gemacht. Wir haben die einstige systematische Entrechtung Geflohener weitestgehend überwunden; Menschen können einfacher eine Arbeitserlaubnis bekommen, mehr Herkunftsländer und Fluchtgründe werden im Asylgesuch anerkannt. Diese Änderungen gehen nicht nur – aber auch – auf die kontinuierliche Arbeit von uns Flüchtlingsräten zurück. Gleichzeitig beobachten wir seit 2015 einen Rollback, den ich in dieser Schnelligkeit und Ruppigkeit so nicht für möglich gehalten hätte.

2015 verkündete Angela Merkel optimistisch „Wir schaffen das“ und setzte sich für die Aufnahme von vielen Menschen in Not ein. 890.000 Schutzsuchende kamen nach Deutschland. Ist das nicht auch ein großer Erfolg für die Flüchtlingsräte?

Als Deutschland 2015 so viele Menschen aufgenommen hat, gab es zunächst eine bemerkenswerte Solidaritätsbewegung. Menschen fühlten sich aufgerufen, den Geflüchteten ein Ankommen in Deutschland zu ermöglichen und sie dabei zu unterstützen. Und das trotz oder gerade wegen der hohen Geflüchtetenzahlen. Kurz darauf hat eine Spaltung der Gesellschaft eingesetzt. Rassistische Stimmungen und rechte Bewegungen wurden lauter und stärker. Die Politik hat darauf reagiert und sich inhaltlich diesen Gruppen angenähert. So hat die Große Koalition aus CDU/CSU und SPD mit mehr als 20 Gesetzesinitiativen in drei sogenannten Asylpaketen seit Oktober 2015 die härtesten asyl- und aufenthaltsrechtlichen Verschärfungen der letzten 20 Jahre ver-

abschiedet. Dies hat zur nachhaltigen Verschlechterung der Aufnahmebedingungen in Deutschland geführt. Dazu gehören die Ausweitung der Liste sogenannter „sicherer Herkunftsstaaten“, die Einführung sogenannter beschleunigter Asylverfahren und das Absenken der Schutzquote, immer längere Unterbringung in Lagern oder der immer stärkere Fokus auf Abschiebungen.

Was genau erschwert Ihre Arbeit heute?

Die Tatsache dass Rechtspopulisten inzwischen nicht nur auf der Straße sind, sondern auch in die Parlamente eingezogen sind, hat die Pole in der politischen Debatte verschoben. Politiker*innen insbesondere der Großen Koalition haben sprachliche Elemente der AfD übernommen, z. B. das Wort „Asylindustrie“. Durch derartige Diskursverschiebungen werden einerseits Unterstützer*innen von Geflüchteten diffamiert, aber auch Geflüchtete selbst werden von etablierten Parteien immer wieder angegriffen und stigmatisiert. Diese Verrohung der Sprache geht mit Verschärfungen im Asylrecht einher. Und im öffentlichen Raum führt sie zu immer mehr rassistischen Angriffen auf Geflüchtete oder People of Colour. Dankenswerterweise sieht es bei uns in Niedersachsen noch nicht so drastisch aus: Ministerpräsident Weil, Innenminister Pistorius und Sozialministerin Reimann sind bestrebt, pragmatische Lösungen zu finden. Wir sind aber auch nicht davor gefeit, dass in Deutschland ähnliches passiert wie in Italien und Österreich, wo rechte Parteien einen Teil der Regierung stellten.

Inwiefern verschärft die Corona-Pandemie die Situation?

Mit Corona erleben wir eine Renationalisierung der Politiken. Jede*r schaut auf sich – die Internationale Zusammenarbeit wird geschwächt. Wir erleben eine Politik des gegenseitigen Misstrauens und der abgeschotteten Grenzen. Der Rassismus grassiert: Menschen, die aus dem Ausland kommen oder aufgrund äußerer Merkmale als „ausländisch“ imaginiert werden, müssen erleben, dass sie als Virenträger*innen und Unheilsbringer*innen verdächtigt und teilweise sogar angegriffen werden. Das bietet auch für rechtspopulistische Gruppen Anknüpfungspunkte. In der Politik sehen wir, wie mit zweierlei Maß gemessen wird: Während überall Abstandsregeln eingehalten werden sollen, müssen Geflüchtete weiter in Massenunterkünften leben, in denen das schlicht nicht möglich ist. Kommt es dann zum Ausbruch von Infektionen, werden Corona-Schutzmaßnahmen bei Geflüchteten viel rigider durchgesetzt, oftmals ohne jede Rücksicht auf die Grund- und Freiheitsrechte der Betroffenen. Oft werden ganze Unterkünfte unter Quarantäne gestellt, in denen dann Infizierte und Nichtinfizierte weiter gemeinsam leben müssen. Unfassbar! Es wird sich noch zeigen, wie ernst der Staat es mit den Menschenrechten nimmt und inwiefern wir für diese solidarisch in Europa eintreten.



Juliane Jesse ist Eine Welt-Fachpromotorin für Öffentlichkeitsarbeit und Internationales. Sie unterstützt entwicklungspolitische Gruppen in ihrer Öffentlichkeitsarbeit, um mehr Menschen für Globale Gerechtigkeit zu sensibilisieren und zu aktivieren.